

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 4. Februar 2013

Verfasserin: Barbara Schaffner

### **Kompensation der Zürcher Bevölkerung für die überhöhten Krankenkassenprämien (Benno Scherrer Moser)**

Einig sind sich alle, dass sich der Regierungsrat dringlich gegen den Beschluss des Bundes, (d.h. der ständerätlichen Kommission), die zu viel bezahlten Prämien der Zürcher Bevölkerung nicht zurückzuerstatten, wehren soll. Benno Scherrer Moser erinnert daran, dass dies nicht einzig eine Aufgabe für den Regierungsrat ist, sondern auch Aufgabe der anderen Parteien, ihre Ständeräte zu überzeugen, dass die Zürcher nicht bereit sind, auf eine Rückerstattung der fast 500 Millionen zu viel bezahlten Krankenkassenprämien zu verzichten. Unsere Ständerätin Verena Diener trat in Bern proaktiv für die Interessen der Zürcherinnen und Zürcher ein. 10 Kommissionsmitglieder anderer Parteien und Kantone der ständerätlichen Gesundheitskommission haben sich darum foutieren wollen und so die Solidarität arg strapaziert.

Es ist aber richtig und wichtig, dass sich hier der Kantonsrat einstimmig (165:0) zur Wehr setzte.

### **Gegen Steuergeschenke für Superreiche (Beni Schwarzenbach)**

Die geforderten Steuererhöhungen für Vermögende gehen der glp entschieden zu weit. Beni Schwarzenbach hat jedoch auch Sympathien für das Anliegen der Initianten. An die Adresse von Noldi Suter, der den jungen Initianten vorgeworfen hat, den Staat mehr zu kosten als sie Steuern bezahlen, geht eine Zurechtweisung. Gerade die hier anwesenden jungen Initianten leisten mit ihrer aktiven Teilnahme einen wichtigen Beitrag an eine funktionierende, lebendige Demokratie.

Ablehnung der Initiative 125:43 (2)

### **Keine ungerechtfertigte Verwaltungsprovision (Beni Schwarzenbach)**

Beni Schwarzenbach hat ein Postulat eingereicht, in dem er fordert, dass die Verwaltungsprovision, die Arbeitgeber für die Bearbeitung und Einzug der Quellensteuern erhalten, reduziert wird. Die Höhe der Verwaltungsprovision stammt aus Zeiten, in denen der Bearbeitungsaufwand noch viel höher war. Heute fällt dank elektronischen Abrechnungen und Buchhaltungsprogrammen nur noch ein geringer Verwaltungsaufwand an. Entsprechen ist auch die Vergütung für diesen Aufwand zu reduzieren und ein höherer Anteil der Quellensteuer dem Kanton zuzuführen. Beni Schwarzenbach rechnet mit 16 Mio. Mehreinnahmen für den Kanton. Eine Mehrheit lehnt das Postulat mit 87:78 aus zum Teil unerfindlichen Gründen – die Provision wurde weit herum als zu hoch eingestuft – ab.

### **Keine höhere Steuerbelastung wegen angeordneten Lärmschutzmassnahmen (Jörg Mäder)**

Als Mitunterzeichner dieses Postulats fordert Jörg Mäder, dass Aufwendungen, die Liegenschaftsbesitzer für Lärmschutzmassnahmen im Flughafenbereich machen, nicht zu einer höheren steuerlichen Einschätzung führen. Die Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm ist gross und kann durch den Einbau von Schallschutzfenstern sowieso nur vermindert, aber nicht abgeschafft werden. Eine zusätzliche höhere Steuerbelastung ist deshalb stossend und das Postulat wird mit 113:53 überwiesen.

### **Leichtsinnige Bezüge von Vorsorgegeldern (Stefanie Huber)**

Aufgrund von publik gewordenen Einzelfällen wurde ein Postulat eingereicht, das den Kapitalbezug von Vorsorgegeldern einschränken will. Stefanie Huber erklärt, dass das Thema Beachtung verdient und die Entwicklung genau beobachtet werden muss. Da auf Bundesebene ebenfalls über Massnahmen diskutiert wird, ist die glp der Meinung, dass zuerst diese Resultate abgewartet werden sollen. Zudem empfindet Stefanie Huber die Vorschläge aus dem Postulat, die vor allem auf die BVK zielen, aber als zu starken Eingriff in die Eigentumsfreiheit.

Ablehnung des Postulats 53:108